

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

**Lebeck's** Dreieck-Kaka, Schokolade, Konfitüren, Zuckerwaren.  
Firma gegr. 1838. • 16 mal prämiert.

Verlagsdruckerei: Radeberger Druckerei Dresden.  
Verlagsnummer: 25 241  
Telefon für Nachrichten: 20 011.

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle:  
Karlshof 38-40.  
Verlag von Neff & Neidhardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 1066 Dresden.

Bezugs-Gebühr bei regelmäßiger Lieferung im Voraus oder durch die Post monatlich: A 5200.—, Einzelnummer A 200.—, Ganztagesausgabe A 300.— | Anzeigen-Preise: Die 1. Spalte 30 mm breite Zeile A 400.—, außerhalb Sachens A 500.—, Familienanzeigen und Einzelgebühren unter Umständen nach Vereinbarung. Druck und Verlag von Neff & Neidhardt in Dresden. Druckerei: Radeberger Druckerei Dresden. Drucknummer: 25 241. Druckjahr: 1923. Druckort: Dresden. Druckgröße: 40 x 50 cm. Druckverfahren: Lithographie. Druckfarbe: Schwarz. Druckpapier: 60 g/m². Druckzeit: 1923. Drucknummer: 25 241.

**Böhmen-Lotterort Sport-Hotel Altenberg i. Erzgeb.**  
**Altes Amtshaus und Amtshof**  
Erstklassige Zimmer :: Zentralheizung :: Auto-Garage  
Amtshof-Diele  
Tel.: Amt Lauenstein 9     Bes.: W. Hecker

14 Ring-  
**Königsdielen** Ring-  
14  
Vornehmes Restaurant

**Rieschels Wellsieb-Gradeherde**  
sind und bleiben unübertrefflich  
Ohne Holz, ohne Kchle, ohne Gas die billigste Feuerung der Welt!  
Fabrikniederlage nur Dresden-A., Schloßstraße 14     Inhaber: Curt Klitzsch

## Kommunistenaufbruch in Mülheim an der Ruhr.

Die Stadt in der Herrschaft der Aufständischen. — Das Rathaus unter Gewehrfeuer. — Einschränkung der Einfuhr und Anmeldepflicht für Devisenbesitz als Reichsmaßnahmen gegen den Marksturz. — Sozialistische Reichstagsangriffe gegen die Wirtschaftspolitik. — Dr. Becher verurteilt die Störung der Stabilisierungsaktion auf das schärfste.

### Barrikaden an den Stadtausgängen von Mülheim.

Die Folgen der Besetzung der Schupo.  
Mülheim a. d. R., 19. April. Kommunisten, Syndikalist und Verbrechergesinde haben die Innensiedlung von Mülheim besetzt, die Stadtausgänge verbarrikadiert. Das Rathaus liegt unter dem Gewehrfeuer der Aufständischen, die die Waffenhändler geplündert haben. Der Regierungspräsident ordnete an, daß Schupo von Duisburg nach Mülheim entsandt wird. (W. T. B.)

Eiberfeld, 19. April. Die Lage in Mülheim ist schwer bedrohlich. Die Innensiedlung ist vollkommen in der Hand der Kommunisten, Syndikalist und Verbrecher. Es wird lebhaft geschossen. Der Regierungspräsident hat angeordnet, daß 100 Mann Schupo sofort von Duisburg nach Mülheim zur Verstärkung entsandt werden, da die französischen Besatzungsbehörden in Düsseldorf sich noch nicht über die nachgelagerte Erlaubnis schlüssig gemacht haben. Falls die 100 Mann Verstärkungspolizei von den Franzosen nicht nach Mülheim durchgelassen werden sollte, fällt die ganze Verantwortung für die Folgen auf die Franzosen. (W. T. B.)

### Die Besetzung des Rathauses.

Bln, 19. April. Ueber die Vorgänge in Mülheim wird weiter gemeldet: Der Verkehr vor außen in das Stadthaus ist vollkommen lahmgelegt. In das Rathaus des Oberbürgermeisters Dr. Vemke sind sechs Kanonen gedrungen, davon einige über seinen Kopf hinweg. Die Beamten, die im Rathaus eingeschlossen sind, rechnen damit, die Nacht im Rathaus verbringen zu müssen, da sie keine Möglichkeit sehen, herauszukommen. Im Laufe des Tages ist von Mülheim aus ein Antrag an die Franzosen gelangt, aus Hamborn Verstärkungen der Schupo heranzulassen zu dürfen. Das haben die Franzosen abgelehnt. Regierungspräsident Ehrenberger in Düsseldorf bemüht sich bei dem General Deniquet um die Erlaubnis, die Polizei in Mülheim von Düsseldorf aus anzuverleihen. (W. T. B.)

Deute früh versuchten die Demonstranten, in den Werken die Arbeiter zum Verlassen der Werke aufzuwiegen, was aber mißlungen. Bezeichnend ist, daß die in Koblenz abgeschaltete Arbeiterlokalerammlung unter dem Schutze des französischen Militärs stattfand.

### Französische Zulassung der Schupo?

Eiberfeld, 19. April. Der französische General Deniquet hat sich zu dem General Simon begeben und von diesem zu dem Kommandanten nach Breidenen, wahrscheinlich wollen die Franzosen Schupo nach Mülheim hereinlassen, nachdem sie sich über die gefährliche Lage klar geworden sind. (W. T. B.)

### Demonstrationen in Düsseldorf und Essen.

Münster, 19. April. In Essen versammelten sich heute morgen vor dem Rathaus eine Anzahl Arbeitsloser, welche Unterstützung verlangten. Da die Polizei von den Franzosen aufgestellt ist, hatte die Feuerwehr sich zum Schutze des Rathauses eingefunden. Die Ruhe wurde nicht gestört.

### Poincaré der wahre Schuldige.

Wie Frankreich auf Arbeitslosenunruhen spekuliert!  
Berlin, 18. April. Wie die Telegraphen-Union aus amerkanischer Quelle hört, befindet sich der französische Ministerpräsident Poincaré zurzeit inkognito in Düsseldorf. In seiner Begleitung sind der Minister der öffentlichen Arbeiten, der Finanz- und der Kriegsminister. In einer vertraulichen Besprechung mit den Kommandanten der Besatzungsarmee soll der französische Ministerpräsident darauf hingewiesen haben, daß die französische Kammer erst in drei Wochen zusammentritt und daß dann Ergebnisse erzielt sein müßten. Es müsse erreicht werden, daß Deutschland bis zu dieser Zeit kapituliere. Die neuen Verordnungen, die von der Besatzungsarmee im Verfolge der letzten alliierten Beschlüsse erlassen werden, gehen darauf hin, sämtliche öffentlichen Kassen und auch die Kassen der industriellen Werke zu beschlagnahmen und in alle Bereiche militärisch einzugreifen. Die unmittelbare Folge davon müßte eine allgemeine Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet und das Hinandrängen der beschlagnahmten Arbeiter auf die Straßen sein, wodurch sehr leicht Zusammenstöße herbeigeführt werden können. Auf die Frage, wie die Franzosen solchen Folgen begegnen sollten, wurde die Antwort schuldig gelassen.

In amerikanischen Kreisen glaubt man, daß die Entscheidung beantragt, und daß es darauf ankommen wird, ob Frankreich und Belgien den Druck auf ihre Montanindustrie noch die entscheidenden Wochen bis zur französischen Kammereröffnung halten können und ob nicht vorher Deutschland die finanziellen Kräfte anstrengen und es im unbesetzten Gebiet mit seinen Reserven zusammenbricht.

### Einzelnstaatliche Uebergriffe gegen das Reich.

Das bundesstaatliche Prinzip verlangt, wenn die Führung der öffentlichen Geschäfte auf solcher verwickelter Grundlage sich reibungslos vollziehen soll, gegenseitige Loyalität. Das Reich muß die verfassungsmäßig gewährleisteten zweifellosen Rechte der Bundesstaaten sorgfältig achten, aber auch die Bundesstaaten müssen dem Reiche geben, was des Reiches ist, und dürfen sich keine Uebergriffe anmaßen, welche die Reichspolitik hemmen oder durchkreuzen. Im alten Reiche funktionierte der bundesstaatliche Apparat im allgemeinen tadellos. Gelegentlich kam zwar auch einmal etwas vor, so z. B. bei der geplanten Wiedereinführung der Schiffsahrt, abgesehen auf der Elbe, wodurch der heilige Biberhand des von der Abgabefreiheit interessierten sächsischen Staates hervorgerufen wurde. Alle solche seltenen Konflikte endeten aber immer mit einem befriedigenden Ausgange, da sowohl im Reiche wie in den Gliedstaaten allgemein die Erkenntnis herrschte, daß eine starke, von bundesstaatlicher Gewohnung geleitete Reichsgewalt der beste Schutz der einzelnstaatlichen Selbständigkeit ist, während der Reichseinheitsgedanke seine tiefsten Wurzeln in dem Nährboden der Heimatliebe der verschiedenen deutschen Volkstämme findet.

Nach der Umwälzung gehaltete sich das Bild anders. Die seitdem in Berlin vorherrschende Neigung zu untauglichen, auf die Herstellung des reinen Einheitsreiches gerichteten Bestrebungen führte wiederholt heftige Konflikte mit Bayern herbei, die nie ganz glatt erledigt wurden, sondern regelmäßig einen Stachel auf beiden Seiten zurückließen, bis es endlich Dr. Cuno gelang, den letzten Niederschlag von Bestimmung wenigstens zwischen den leitenden Stellen zu beseitigen. Doch ist die Lage, soweit große Teile des bayerischen Volkes in Betracht kommen, auch jetzt noch nicht von Trübungen frei, und es läßt sich nicht vorhersehen, welche Folgen sich für das Verhältnis Bayerns zum Reiche aus der steigenden Unzufriedenheit der dort sehr starken und einflussreichen vaterländischen Verbände mit den sozialistischen Einflüssen in der Berliner Zentrale ergeben können. Während aber hier erst Möglichkeiten für künftige Entwicklungen in Frage stehen, die immer noch die Hoffnung abrisen lassen, daß sich durch die Einigkeit aller Beteiligten der Ausbruch eines offenen Streites überhaupt vermeiden lassen werde, haben sich zwischen den Regierungen verschiedener anderer Bundesstaaten und der Reichszentrale Vorgänge abgespielt, die bereits die vollendete Tatsache eines schweren Zusammenstoßes enthalten, dessen Kern darin besteht, daß von bundesstaatlicher Seite die Grenzen der eigenen Zuständigkeiten überschritten und die unbedingt nötigen Rücksichten auf die Reichspolitik beiseite gesetzt wurden.

Der eine Fall dieser Art betrifft das in Preußen und unmittelbar darauf auch in Sachsen und Thüringen erlassene Verbot der deutschnationalen Freiheitspartei. Preußen ist hier unter dem Einfluß des sozialdemokratischen Innenministers Severing vorangegangen und hat durch sein politisches Uebergewicht Sachsen und Thüringen, die ohne die preussische Initiative sicher nicht allein gehandelt hätten, mit sich gerissen. Das Gravierende bei diesem Verhalten ist darin zu erblicken, daß es sich bei der deutschnationalen Freiheitspartei um eine Reichsorganisation handelt, gegen die das Reich einzuschreiten bisher keinen Anlaß gefunden hat. Die elementarste Rücksichtnahme auf das Reich hätte also die preussische Regierung veranlassen müssen, sich vor der Ergriffung irgendwelcher Maßregeln mit dem Reichsministerium ins Einvernehmen zu setzen, diesem das gesamte Material zu unterbreiten und der Reichszentrale die endgültige Entscheidung obheimzuschicken. Das wäre der Weg gewesen, den man an maßgebender preussischer Stelle hätte beschreiten müssen, um das Gleichgewicht der bundesstaatlichen Machtverteilung zu wahren. Gewiss sind die Einzelstaaten auf Grund ihrer Verfassungen berechtigt, unter Umständen ebenso wie das Reich Ausnahmemaßregeln zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu treffen. Die Ausübung dieser Befugnis ist aber ganz selbstverständlich an die Voraussetzung gebunden, daß die Einzelstaaten dabei dem Reiche nicht ins Gehege kommen und seiner eigenen Stellungnahme nicht vorgreifen. Es gibt eben nicht bloß einen Buchstaben, sondern auch einen Geist der bundesstaatlichen Verfassung, und dieser läßt es nicht zu, daß die Einzelstaaten sich schrankenlos nach ihrer Passion „ausleben“, sondern sie haben die nationale Pflicht, bei allen ihren Entscheidungen die Wäke auf das Reich gerichtet zu halten und sich zu fragen, ob dessen Wohlfahrt

## Reichsabwehrmaßnahmen gegen den Marksturz.

### Beschlüsse des Reichskabinetts.

Berlin, 19. April. Angesichts der plötzlichen Steigerung der Devisenkurse hat das Reichskabinet heute im Einvernehmen mit dem Reichsbankdirektorium beschlossen, die Stabilisierungsaktion für die Mark mit allem Nachdruck weiterzuführen. Zu diesem Zweck sollen, abgesehen von der Fortsetzung der bisherigen Stabilisierungsaktion, zunächst folgende Maßnahmen unverzüglich erlassen werden:

- 1. eine weitgehende Einschränkung der Einfuhr;
- 2. die Einführung einer allgemeinen Anmeldepflicht für Besitz an Devisen nach dem Stande des Tages, an dem die hierzu erforderliche Notverordnung erlassen wird. (W. T. B.)

Berlin, 19. April. Die Reichsregierung hatte heute Besprechungen mit den Parteiführern über die Maßnahmen gegen den Marksturz, die die völlige Eintagszeit der Regierung mit den Parteien ergab.

### Die veränderte Interventionspolitik der Reichsbank

Berlin, 19. April. Der Erlass der Notverordnung für die Devisenanmeldung ist für die allernächste Zeit zu erwarten. Zu den Verhandlungen über die neuen Maßnahmen der Regierung waren auch Vertreter von Privatbanken und gewisse grundsätzliche Einwendungen gegen die Öffnung der Devisenbestände geltend gemacht, doch konnte sich dem „W. T.“ zufolge die Mehrzahl der Anwesenden der dringenden Notwendigkeit der Maßnahmen im Hinblick auf die wirtschaftliche und politische Situation nicht entziehen. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß man, falls die bloße Anmeldung der Devisen nicht die gewünschte Wirkung erziele, gezwungen sein würde, noch einschneidendere Maßnahmen im Punkte der Erschließung der Devisenbestände und der Regelung des Devisenverkehrs zur Anschaffung der spekulativen Elemente zu treffen.

Ueber die Auffassung der Sachlage, wie sie an maßgebenden Stellen bestehen dürfte, wird dem „Vol. Anz.“ u. a. ge-

schrieben: Die entscheidende Tatsache ist die: So gewiss es ist, daß man mit den Beständen der Reichsbank nicht auf unbegrenzte Dauer die Mark stützen kann, so sicher ist auf der anderen Seite, daß

### Die Bestände der Reichsbank für noch sehr lange Zeit ausreichen.

Die Kraft, den Dollarkurs wieder zurückzuwerfen, besitzt die Reichsbank unzweifelhaft noch. Sie besitze sie auch, das bereits im Augenblick zu tun, nur würde das unverhältnismäßig viel ihrer Bestände kosten, mit denen paritarii zu wirtschaften sich empfiehlt. Auch einem zweiten, dritten und vierten Ansturm wird sie bei dieser Taktik unzweifelhaft noch gewachsen sein. Jeder plötzliche Rückschlag im Dollarkurs, wie ihn die Reichsbank herbeiführen kann und herbeiführen wird, kostet sounventionel Prozent der Spekulanten den Hals, und den riskiert keiner gern. So unerquicklich demnach die gegenwärtige Marktentwertung ist, so ist sie doch keineswegs im eigentlichen Sinne bedenklich. Sie wird gebrochen werden, und wir werden den annähernd habituellen Ansturm der Mark nach dem Brechen dieses ersten Sturmes auf lange Zeit wieder gewinnen.

### Eine Erklärung des Reichsverbandes der Industrie.

Berlin, 19. April. Gegenüber anderslautenden Zeitungsnachrichten stellt der Reichsverband der deutschen Industrie fest, daß er niemals bei der Regierung wegen einer Herabsetzung der von ihr durchgeführten Stabilisierungsaktion der Mark vorstellig geworden ist. Der Reichsverband hat vielmehr auch heute wieder bei einer mündlichen Rücksprache, zu der der Reichsminister eingeladen hatte, erklärt, daß er eine tatkräftige Fortführung der Stabilisierungsaktion für eine politische und wirtschaftliche Notwendigkeit hält, für die er auch weiterhin im eigenen Interesse der Industrie mit allen Kräften eintritt. (W. T. B.)

**Dollar (Amtlich): 29 500**  
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 29 400